

Aus der Gemeinderatssitzung vom 18.05.2010

1. Bürgerfragestunde

In der Bürgerfragestunde hat ein Bürger darauf hingewiesen, dass eine Feldwegverbindung vom Ende der Straße „Auf der Schießmauer“ Richtung Süden zum Parallelweg entlang der B 311 wegen des Gewerbegebietes nicht mehr durchgängig befahrbar ist. Er regte an mit dem Anlieger wegen einer evtl. Überfahrtsmöglichkeit zu sprechen.

2. Grund- und Hauptschule Oberdischingen / Einrichtung eines Schulverbundes Grund- und Hauptschule

Bereits im November 2009 hatte der Gemeinderat beschlossen, die Einrichtung einer eigenen Grundschule in Oberdischingen zu beantragen. Die Genehmigung steht derzeit noch aus, sie sollte allerdings in nächster Zeit eingehen.

Weiter hat der Gemeinderat zwischenzeitlich den Fortbestand der Hauptschule Oberdischingen beschlossen.

Damit ist es nun sinnvoll dass beide Schulen einen Schulverbund bilden, weil beide Schulen in beiden Schulgebäuden untergebracht sind und ein Schulverbund der Vereinfachung der Schulorganisation dient.

Die Schulgremien, (Schulkonferenz und Gesamtlehrerkonferenz) haben bereits über die Bildung dieses Schulverbundes beraten und der Einrichtung eines solchen zugestimmt.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig für den Fall der Genehmigung der Grundschule Oberdischingen durch das Regierungspräsidium die Hauptschule Oberdischingen und die neu einzurichtende Grundschule Oberdischingen als eine Verbundschule „Grund- und Hauptschule Oberdischingen“ zu führen.

3. Versorgung der Gemeindeeinrichtungen mit Strom / Abschluss eines neuen Stromlieferungsvertrages

Der bisherige Stromlieferungsvertrag mit der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH für die Jahre 2008 – 2010 läuft zum 31.12.2010 aus.

Der gesamte Jahresstromverbrauch lag im Jahr 2009 mit ca. 310 000 kwh, der Preis betrug bisher 11,28 Cent / kwh zuzüglich der gesetzlichen Abgabe für EEG, KWKG, Stromsteuer und Umsatzsteuer.

Insgesamt fielen in 2009 Stromkosten von ca. 58.000 Euro an.

Die Verwaltung hatte zwischenzeitlich für die Stromlieferung in den Jahren 2011 – 2013 Angebote bei 2 Stromversorgern eingeholt.

Ein Stromversorger hat kein Angebot abgegeben. Das Angebot der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH für eine Laufzeit von 3 Jahren ab 2011 beträgt 11,85 Cent / Kwh.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig mit der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH einen Stromlieferungsvertrag mit einer Laufzeit von 36 Monaten (2011 – 2013) und einem Angebotspreis von 11,85

Cent /kwh (zuzüglich den gesetzlichen Abgaben) abzuschließen.

4. Abwasserbeseitigung / Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung der Investitionen der letzten Jahre

Für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ist auf Grund der hohen Investitionen in den vergangenen Jahren nunmehr die Aufnahme eines im Wirtschaftsplan 2010 eingeplanten Kredites von zunächst 500.000 € notwendig.

Die Verwaltung hat hierzu Angebote von 3 Kreditinstituten eingeholt.

Der Gemeinderat beschloss nach Beratung in Anbetracht der günstigen Kreditzinsen bei der DG-Hyp Hamburg ein Darlehen von 500.000 € mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einem Festzinssatz für 30 Jahre von 3.68 % aufzunehmen.

5. Kauf von Jugendtoren durch den SVO Abt. Fußball / Antrag auf Investitionszuschuss

Die Abteilung Fußball des SVO beantragte einen Zuschuss für den Kauf von Jugendtoren. Dieser Kauf ist erforderlich geworden weil sich das Spielsystem der E- und F-Jugend geändert hat. Somit können an einem Jugendspieltag gleichzeitig 2 Jugendmannschaften spielen. Dies wäre Voraussetzung um einen Jugendspieltag zugeteilt zu bekommen.

Der Gemeinderat beschloss der üblichen Investitionszuschuss an Vereine in Höhe von 5 % = 75 € zu gewähren.

6. Bauanträge

a) Dachgeschossausbau am Gebäude Riedstr. 1

Der Bauherr beantragt das Dach auf dem Gebäude Riedweg 1 zu sanieren und wegen des Ausbaus des Dachgeschosses mit einer Gaube zu erweitern. Nach dem Bebauungsplan sind Dachgauben zulässig, die Gesamtbreite aller Gauben darf jedoch höchstens 1/3 der jeweiligen Dachlänge in Anspruch nehmen. Der Bauherr plant eine längere Dachgaube und beantragt deshalb die Befreiung von den Vorschriften des Bebauungsplanes.

Da auch in der Nachbarschaft bereits Gauben mit einer Länge von mehr als 1/3 des Daches vorhanden sind, beschloss der Gemeinderat die erforderliche Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu erteilen.

b) Bauvoranfrage zum Bau einer Feldscheuer auf Grundstück Flst. 1100 (Gewann Vor dem Häldele / Erlen)

Der Bauherr plant auf dem landwirtschaftlichen Grundstück Flst. 1100 die Errichtung einer Feldscheuer. Das Grundstück liegt im Außenbereich. Im Außenbereich ist ein Vorhaben unter anderem dann zulässig wenn öffentliche Belange nicht entgegen stehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und

wenn es sich u. a. um einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb handelt und der Bau und nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Die Feldscheuer dient der Lagerung von Erntegut (Flachlager für Getreide)

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat das Einvernehmen zur Bauvoranfrage zu erteilen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Genehmigung sind vom Baurechtsamt bzw. vom Fachdienst Landwirtschaft / Naturschutz des Landratsamtes zu prüfen.

c) Bauvoranfrage zum Anbau einer Lagerhalle an das bestehende Betriebsgebäude im Gewerbegebiet Unter der Halde 21

Der Bauherr beantragt die Erstellung einer Lagerhalle als Anbau an das bestehende Betriebsgebäude in Richtung Norden. Das Vorhaben entspricht dem Bebauungsplan.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig das Einvernehmen zum Bauvorhaben zu erteilen.

7. Bekanntgaben / Anfragen / Verschiedenes

a) Haushaltserlass 2010 des Landratsamtes

Bürgermeister Droste gab den Haushaltserlass des Landratsamtes zum Haushaltsplan und zu den Wirtschaftsplänen 2010 bekannt. Das Landratsamt hat die Gesetzmäßigkeit bestätigt und die erforderlichen Genehmigungen erteilt. Auf die heutige öffentliche Bekanntmachung wird verwiesen.

b) Geschwindigkeitsmessungen in der Allee

Bürgermeister Droste informierte über die am 13.4.2010 vorgenommenen Messungen in der Ortsdurchfahrt der K 7412 (Allee).

c) Standesamtsprüfung durch das Landratsamt

Das Landratsamt hat die gesetzlich vorgeschriebene Standesamtsprüfung durchgeführt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

d) Stand der Baumaßnahme „Notverbundleitung von der Wasserversorgung Erbach / Donaurieden zum Gewerbegebiet Unter der Halde

Bürgermeister Droste informierte über die noch ausstehenden restlichen Arbeiten. Mit der vollständigen Fertigstellung ist bis in einigen Wochen zu rechnen.

e) Straßenbeleuchtung / Ersatz von Lampen (Leuchten) auf vorhandenen Peitschenmasten

Im Rahmen der energetischen Sanierung (Konjunkturprogramm) sollen auf 12 noch vorhandenen Peitschenmasten neue Lampen installiert werden.

Der Gemeinderat beschloss diese 12 Lampen / Leuchten vom Typ SQ 50 bei der Fa. Siteco gemäß Angebot vom 10.05.2010 zu beschaffen.

Die Kosten betragen ca. 3.000 € und sind im Haushaltsplan finanziert. Diese Kosten werden wie die Kosten der bisher bereits durchgeführten energetischen Sanierung aus dem Konjunkturprogramm bezuschusst.

f) Schwimmbadschließung vom Beginn der Pfingstferien bis zum Schuljahresbeginn 2010/2011

Der Gemeinderat beschloss, wie auch im Vorjahr, aus Kostengründen das Schwimmbad in der Zeit vom Beginn der Pfingstferien bis zum Schuljahresbeginn 2010 / 2011 zu schließen. Die Einsparungen betragen ca. 3.000 – 4.000 €.

g) Bachstraße/ Lücke in der vorhandenen Buchenhecke

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde angeregt die Lücke in der Buchenhecke entlang des Baches in der Bachstraße durch gleich hohe Pflanzen wie die vorhandenen zu schließen. Die Verwaltung wird ein Angebot hierzu einholen.

h) Allee / Ersatz für 4 gefällte Kastanien

Auf Anfrage aus der Mitte des Gemeinderates teilte Bürgermeister Droste mit, dass 1 Baum von der Gemeinde und 2 weitere Bäume im Zusammenhang mit der Erschließung des Gebietes „Hinter dem Löwen“ vom Erschließungsträger zu pflanzen sind.

i) Werbetafeln / Regelung bzw. Verbot durch Satzung

Aus dem Gemeinderat wurde angeregt, wie auch schon in anderen Gemeinden des Landkreises schon geschehen, eine entsprechende Satzung zu erlassen um Werbung durch großflächige Werbetafeln im Ortsbereich zu verhindern.